

Pekings «Neue Seidenstrasse»

Goldgräberstimmung bei Chinas Staatsunternehmen

Matthias Müller, Peking 15.4.2015



Von den enormen asiatischen Infrastrukturprojekten werden Chinas Staatskonzerne stark profitieren können. (Bild: Reuters)

China treibt das Projekt einer «neuen Seidenstrasse» voran. Dies verleiht den Aktienkursen chinesischer Staatsunternehmen Aufwind. Isoliert stehen die USA da, die sich derweil gegen die Idee einer neuen asiatischen Entwicklungsbank stemmen.

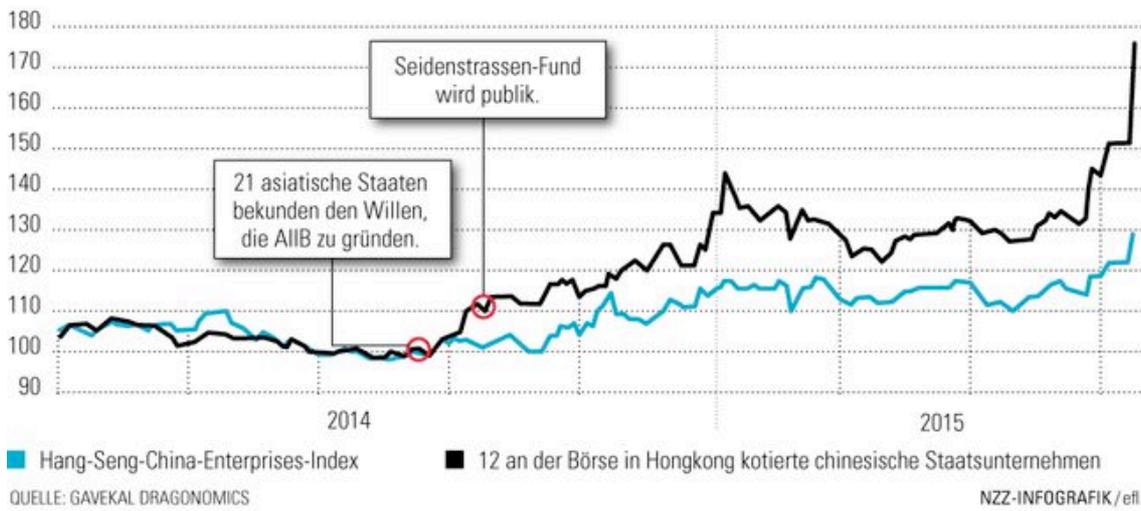
Die Börsen in Hongkong und Schanghai haben sich in den vergangenen Wochen durch die Hoffnungen auf weitere expansive Massnahmen der chinesischen Zentralregierung und der People's Bank of China prächtig entwickelt. Gewisse Anlagen sind jedoch besonders lukrativ: Aktien chinesischer Staatsunternehmen (State-owned Enterprises, SOE) sind bei den Investoren stark gefragt, wie aus der vom Gavekal Dragonomics Institut veröffentlichten Studie «Investing along the New Silk Road» hervorgeht. Dabei haben die Autoren Tom Miller und Thomas Gatley den Fokus auf den Verlauf der Aktienkurse von zwölf in Hongkong kotierten SOE gelegt und sie mit der Entwicklung des Hang-Seng-China-Enterprises-Indexes verglichen. Dieser enthält die 40 grössten an der Hongkonger Börse gehandelten chinesischen Unternehmen.

Grosser Investitionsbedarf

Es gibt eine einfache Erklärung für die positive Kursentwicklung der Staatskonzerne. Die Investoren setzen auf die von Chinas Machthabern vorangetriebene Idee, die alte Seidenstrasse auf dem See- und Landweg zu neuem Leben zu erwecken, um dadurch Asien besser mit Europa und Afrika zu verbinden. Da die Infrastruktur in weiten Teilen Asiens und Afrikas in marodem Zustand ist, könnten chinesische Staatsunternehmen auf lukrative Projekte hoffen, lauten die Überlegungen der Investoren. Entsprechend sind die zwölf von Miller und Gatley ausgewählten SOE auf die Produktion von Lokomotiven, Waggons sowie Baumaschinen, auf die Erstellung von Häfen, Strassen und Telekomnetzen spezialisiert. Und der Bedarf ist allein in Asien immens, wie die Studie «Infrastructure for a Seamless Asia» der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) zeigt.

Chinesische Staatsunternehmen als Profiteure der «neuen Seidenstrasse»

Aktienkursverlauf, September 2014 = 100



Laut den Autoren ist die oft unterentwickelte Infrastruktur in dieser Region ein entscheidender Engpass, weshalb es einigen Ländern erst gar nicht gelingt, wettbewerbsfähig zu werden und dadurch die in Teilen Asiens immer noch grassierende Armut zu verringern. Die ADB geht davon aus, dass allein zwischen 2010 und 2020 Investitionen von rund 8000 Mrd. \$ notwendig wären, um die Infrastruktur in den asiatischen Ländern auf Vordermann zu bringen. Diese Berechnungen liefern einen Steilpass für die Machthaber in Peking, um das Projekt «neue Seidenstrasse» voranzutreiben.

Uneigennützig ist dieses Ansinnen nicht. So sollen nicht nur die auf Überkapazitäten sitzenden SOE Aufträge ergattern und neue Märkte erschliessen, sondern China will durch eine verbesserte Infrastruktur auch den Handel mit den Nachbarländern intensivieren. Das darbenende Europa verdirbt auch China das Geschäft, weshalb man nach neuen Absatzmärkten Ausschau hält. Die staatlichen Medien liessen es sich nicht nehmen, bei der Präsentation der Handelszahlen für das erste Quartal 2015 den gesteigerten Warenaustausch mit den an der «neuen Seidenstrasse» gelegenen Ländern herauszustreichen und damit indirekt auch auf die vermeintliche Weitsicht der Kommunistischen Partei hinzuweisen.

Währungsreserven im Einsatz

Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping hatte die Idee einer «neuen Seidenstrasse» erstmals im September 2013 während eines Staatsbesuchs in Kasachstan ins Spiel gebracht. Im Oktober des Folgejahres bekundeten 21 asiatische Staaten den Willen, mit der Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB) eine neue multinationale Bank zu errichten; einen Monat später wurde bekannt, dass China einen mit 40 Mrd. \$ ausgestatteten Seidenstrassen-Fonds auflegen werde. Sowohl die mit 50 Mrd. \$ ausgestattete AIIB als auch der Fonds sollen die Anschubfinanzierung für die geplanten Infrastrukturprojekte entlang der «neuen Seidenstrasse» liefern.

Das Ansinnen, die Infrastruktur in Afrika und Asien zu verbessern, stösst weltweit auf Verständnis, weil Strassen, Eisenbahnlinien, Häfen, Energie- sowie Telekomnetze notwendig sind, um Güter zu produzieren und zu transportieren, wovon die Menschen in den Regionen und viele Unternehmen profitierten. Weitaus skeptischer nehmen die USA dagegen die Gründung der AIIB unter die Lupe, auch weil sie befürchten, in der Region an wirtschaftlichem und politischem Einfluss zu verlieren.

Washington war es zunächst noch gelungen, Bündnispartner wie Australien und Südkorea davon abzuhalten, der neuen asiatischen Investitionsbank als Gründungsmitglieder beizutreten. Als Argument war immer wieder zu hören, eine von China dominierte AIIB – sie wird ihren Sitz in Peking haben, und ein Chinese wird ihr vorstehen – werde die Regeln einer guten Führungsstruktur (Governance) missachten und bei der Auswahl der Projekte wenig Fingerspitzengefühl beweisen, wenn es um den Umweltschutz oder Menschenrechte gehe. Oft wird auf das rücksichtslose Vorgehen in Afrika verwiesen, wo die Chinesen im Gegenzug für den Zugang zu Ressourcen selbst in den entlegensten Teilen des Kontinents Infrastrukturprojekte aus dem Boden stampfen.

Fingerspitzengefühl gefragt

Gebraucht hat die Lobbytätigkeit der USA aber nichts, denn nachdem Grossbritannien kundgetan hatte, die AIIB mitgründen zu wollen, folgten andere wichtige Partner der USA wie Deutschland, Frankreich und Italien dem britischen Beispiel. Auch Australien und Südkorea zählen inzwischen zu den Gründungsmitgliedern; und selbst Japan und Kanada schliessen nicht länger aus, der AIIB beizutreten. An diesem Mittwoch solle nun bekanntgegeben werden, aus welchen Ländern sich der Kreis endgültig zusammensetzen werde, heisst es in den staatlichen chinesischen Medien.

Die Vereinigten Staaten stehen somit isoliert da und müssen sich die Frage gefallen lassen, ob der fehlende Wille, die Bretton-Woods-Institutionen zu reformieren, die Gründung der AIIB erst ermöglicht hat. Seit annähernd fünf Jahren weigert sich der Senat in Washington, einer Reform der Governance-Struktur des Internationalen Währungsfonds (IMF) zuzustimmen, weshalb aufstrebende Länder wie China und Indien dort noch immer – trotz ihrem wachsenden wirtschaftlichen Gewicht – unterrepräsentiert sind.

China muss nun mit der AIIB beweisen, dass das Land punkto Führungsstruktur nicht so starrköpfig ist wie die USA, und sollte bei der Auswahl und Betreuung von Infrastrukturprojekten Fingerspitzengefühl beweisen. Sonst verspielt das Land schnell das Vertrauen, das es in weiten Teilen der Welt noch geniessen.